

Bevor dieses Kapitel darauf eingeht, was Podemos aus den Protesten der Indignados macht, möchte ich zwei kurze Seitenblicke auf diese Proteste selbst sowie auf die institutionelle Politik werfen. Dies soll den Kontext liefern, von dem aus sich die Genese, Strategie und Praxis von Podemos einordnen lässt. Konzeptuell gesprochen möchte ich im Folgenden knapp die Topographie der Gegenhegemonie und der Hegemonie kartieren, die das politische Spanien nach der Entstehung des Empörungsdiskurs im Mai 2011 und vor der Entstehung von Podemos strukturiert. Diese Topographie wird verständlicher machen, warum in Spanien eine neue linkspopulistische Partei entsteht und warum sie sich so artikuliert, wie sie es tun wird.

1.1 Der Empörungsdiskurs – verbreitet, aber erschöpft

Das vorhergehende, ethnographische Kapitel legte bereits eine widersprüchliche Tendenz offen, die Spanien in den Jahren nach 2011 prägen sollte. Der Empörungsdiskurs oszilliert zwischen Diffusion und Erschöpfung. Bezüglich der Diffusion ist festzuhalten, dass das Land bis 2013 eine beispiellose Abfolge von Mobilisierungen und Protesten erlebt.⁷ Millionen mobilisieren sich, um ein Ende der Austeritätspolitik zu fordern, ihre politischen Repräsentanten zu kritisieren und eine andere Demokratie zu fordern. Dies geschieht am 19. Juli 2012, als unter dem Motto »Sie möchten das Land ruinieren. Das ist zu verhindern. Wir sind mehr« in Madrid mehrere hunderttausend und in anderen spanischen Städten zehntausende Demonstrantinnen marschieren. Sie protestieren gegen die Pläne der konservativen Zentralregierung, binnen zweier Jahre Sparmaßnahmen in Höhe von 65 Milliarden Euro zu realisieren, die mit Kürzungen des Arbeitslosengeldes, der Beamtgehälter oder einer Erhöhung der Mehrwertsteuer einhergehen.⁸ Der Soziologe Emmanuel Rodríguez beschreibt den Protest vom 19. Juli 2012 wie folgt:

In Madrid haftet der Demonstration eine merkwürdige Stimmung an. Man ruft: »Sie repräsentieren uns nicht!«, »Es gibt kein Brot für so viele Gauner!« Das dürfte nicht überraschen. Unerwartet aber fällt die Zusammensetzung des Aufmarsches aus. Am 19. demonstrieren gemeinsam Gewerkschafter, Aktivisten, soziale Bewegungen, aber auch Lehrer, Ärztinnen und Krankenpfleger, Verwaltungsbeamte, Feuerwehrleute, Polizisten, Richter... Alles Spezies, die Protesten traditionell fernstehen. Das ist *nicht* der 15-M [die Indignados]. Aber der 15-M hat seine *Formen* weitergegeben. (Rodríguez 2016: 46, Hervorheb. C. L.)

Anhand des Blickes auf die Protestteilnehmerinnen räsoniert also Rodríguez, dass bei den Protestmärschen im Juli 2012, mehr als ein Jahr nach dem ursprünglichen Empörungsausbruch, die Empörungstimmung diffundiert sei. Selbst traditionell eher unpo-

7 Die Darstellung des Protestzyklus, der zwischen den Protesten der Indignados im Mai 2011 und der Geburt von Podemos geschah, fällt hier aus Platzgründen knapp aus. Als Darstellungen hierzu im deutschsprachigen Raum siehe die Beiträge von Huke 2017: 224–269 und Zelik 2015: 105–115, international: Fominaya 2020.

8 Anders als etwa in Griechenland richtet sich der Protest weniger gegen die supranationalen Institutionen (Europäische Kommission, Zentralbank sowie Internationaler Währungsfonds), welche die Austerität forcieren, sondern eher gegen die nationalen Eliten, die den Sparkurs innerhalb Spaniens vorantreiben.

litische Bevölkerungsgruppen wie jene der Beamten haben sich augenscheinlich die Forderungen und das Protestrepertoire zu eigen gemacht, die im Frühjahr 2011 entstanden sind.

Der Protestzyklus, der 2011 beginnt, tritt nicht nur, aber besonders, als *Austeritätskritik* an. Die Kerndiagnose der Indignados, dass die derzeitige Krisensituation nicht weiter zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit gehen dürfe, sondern die Verantwortungsträger in Politik und Wirtschaft dafür verantwortlich gemacht werden müssten, wird in den Folgejahren von ganz verschiedenen sozialen Gruppen reartikuliert. Die sogenannten *Mareas* (Fluten) mobilisieren Angestellte im Gesundheitssektor sowie im Bildungswesen gegen die Privatisierungen und Kürzungen, die Zentral- und Regionalregierungen vorantreiben. Senioren organisieren sich gegen Rentenkürzungen als *marea pensionista* (Rentnerwelle), auch Arbeitslose schließen sich zusammen. Zwar lässt sich das präzise Ausmaß dieser Proteste nur schwer einschätzen, unbestreitbar aber ist, dass in der Dekade nach 2011 immer wieder großflächige Protestaufmärsche stattfinden, an denen oft Zehntausende und zuweilen Hunderttausende teilnehmen (vgl. Portos 2019). Die Empörung sedimentiert, sie wird – zumindest partiell – zur Gesellschaft.

Aber es griffe zu kurz, schlicht die gesellschaftliche Diffusion des Empörungsdiskurses und damit einhergehend eine politisierte Zivilgesellschaft zu diagnostizieren. Die Indignados lösen ambivalente, teils widersprüchliche Dynamiken aus. Es geschieht zunächst das, was bereits indirekt das ethnographische Kapitel vorfand. In den Großstädten – vor allem in Madrid und Barcelona, aber auch in Valencia, Bilbao, Sevilla etc. – werden die Versammlungen auf den Hauptplätzen, die in ihrer Hochphase zehntausende Menschen anzogen, aufgelöst. An ihre Stelle treten kleinere, meist wöchentlich stattfindende Versammlungen, die sich auf Quartiersebene organisieren. Von den hunderten Gruppen, die sich im Sommer 2011 konstituieren, habe ich zwei vorgestellt: die *Asambleas La Marina* und *Sant Martí*, die sich jeweils in bescheidenen Arbeiterquartieren Barcelonas verorteten. Wie bereits diese sehr kleine Stichprobe verdeutlichte, entwickeln die jeweiligen Versammlungen sehr ungleichartige Dynamiken. Gerade bei der *Asamblea Sant Martí* gilt, was viele qualitative und vor allem ethnographische Studien gezeigt haben: Viele Empörtenversammlungen durchlaufen eine *Radikalisierung*.⁹ Nur ein harter Kern von Aktivistinnen, teils mit politischem Erfahrungshintergrund, teils ohne, bleibt in den Folgejahren des Empörungsausbruches von 2011 aktiv. Viele andere, die spontan in den ersten Wochen und Monaten an den Platzbesetzungen und ersten Versammlungen teilnahmen, setzen sich rasch wieder von ihm ab. Judit, eine langjährige Empörtenaktivistin in Barcelona, antwortet zustimmend auf die Frage, ob eine Radikalisierung des Protests stattgefunden habe:

Radikal? Ja. Systemkritisch? Auch. Wenn wir einfach gehorchen würden, würden wir die Demokratie, die wir haben, nicht in Frage stellen – und auch nicht die bestehenden Organisationen, die Politik, die Wirtschaft... Wir leiden darunter, dass all diese Be-

9 Radikalisierung verstehe ich als eine Tendenz hin zu einer zusehends *disruptiven* Protestpraxis, die nicht (mehr) versucht, mit den politischen Institutionen oder Akteuren zu verhandeln, sondern das Funktionieren dieser Institutionen und Akteure stört oder in Frage stellt (vgl. Daphi/Anderl 2016: 3ff.). Jedoch ist hier der Begriff der Tendenz wichtig. Die Radikalisierung der Indignados bleibt unvollständig und intern umstritten.

griffe pervertiert sind, dass Begriffe wie Demokratie oder Sozialpolitik vollständig in ihr Gegenteil verdreht worden sind. Wenn die Gesellschaft merkt, dass zwischen dem, was gesagt wird und dem, was politisch getan wird, kein Zusammenhang herrscht, dann geschieht ein Bruch. Und dieses Unbehagen führt dann zur Radikalität und zur Systemkritik. (Interview, 18.9.2014)

Die Passage ist deshalb interessant, weil sie die Radikalisierung der Indignados immanent zu erklären versucht. Für Judit folgt die radikale Ablehnung des Ist-Zustandes aus der grundsätzlichen Diagnose, die am Anfang des Empörungsausbruches stand. Wenn die Dysfunktionalität der Ordnung, im breiten Sinne als politische wie ökonomische verstanden, diagnostiziert wird, so folgt daraus für die Interviewte, dass diese Ordnung eben auch als Ganze abgelehnt werden müsse. Nun ist diese konsequente Kritik am Status quo zu Beginn der Proteste keineswegs unumstritten. Es gibt jene, die sich nur partielle Reformen des politischen Systems oder bessere Repräsentanten wünschen und keineswegs – wie Judit hier – eine ganz andere, direkte und radikale Demokratie anstreben (siehe: Kap. III.2.e). Doch schrittweise setzt sich bei den Protestlern die *radikale Deutungslineie* gegenüber der reformistischen durch.

Dass diese Verschiebung geschieht, hängt mit der langsamen Herausbildung einer differenzierbaren Empörungside ntität zusammen, wie sie das letzte Kapitel herausarbeitete. Während der Protestausbruch 2011 von einer heterogenen Menge geprägt war, die auf den Hauptplätzen des Landes ihren Unmut kundtat und »nur« durch breite leere Signifikanten – vornehmlich das Ideal einer radikaleren Demokratie sowie die Konfliktlinie »unten gegen oben« – zusammengehalten wurde, haben die weitaus kleineren Versammlungen, die teils auf Quartiersebene bestehen, einen anderen Charakter. Dort trifft sich, teils über Jahre, immer wieder ein harter Kern einiger dutzend Menschen. Kraft der engmaschigen, subjektivierenden Natur der Versammlungen entsteht langsam eine gemeinsame kollektive Identität.¹⁰ Die Grenzen, die zwischen der Innenwelt der Versammlung und ihrer Außenwelt gezogen werden, helfen, wie bei den beobachteten Assemblies der Fall, dass sich eine Wir-Identität ausdifferenziert und dass dieses »Wir« offensiv seine Vorstellungen als die »richtigen« und normativ überlegenen postuliert. Das heißt nicht, dass der ursprüngliche Diskurs der Empörung nicht mehr gilt, aber dass er eine Schließung durchläuft. Aus eher vagen und widersprüchlichen Vorstellungen erwächst in den Versammlungen ein verbindender und relativ geschlossener diskursiver Horizont, wie er in der Interviewpassage mit der Aktivistin Judit aufscheint. Ihre Kritik verdichtete sich zu einer Weltanschauung, die im »Bruch« mit der Ordnung selbstsicher »die Gesellschaft« an ihrer Seite vermutet. Denn es ist die Gesellschaft – nicht die Protestler allein –, die Judit zufolge die »Verdrehung« und »Perversion« der politischen und ökonomischen Realität aufdeckt.

Freilich bleibt, so widersprüchlich dies auf Anhieb scheint, die kollektive Identität der Indignados gegenüber der Außenwelt porös. Anders als viele andere Protestbewe-

10 Aufschlussreich für den Raum Barcelona sind ferner die Studien José Mansillas zum *Ateneu Popular La Flor de Maig*. Sie beschreiben eine »Konvergenzbewegung« der Empörten mit tradierten Formen des Aktivismus, die sich im Verlauf der Zeit zusehends intensiviert, »bis die Grenzen zwischen den einen und den anderen verschwimmen, und sogar das kollektive Gedächtnis lokaler Kämpfe zurückgewonnen wird« (Mansilla 2015a: 163).

gungen begreifen sich die Empörten nicht als eine abgesonderte Bewegung, die nur »die Aufmerksamkeit des unmittelbar anwesenden Publikums« sowie »der Massenmedien« sucht (Rucht 2011a: 21), sondern als *Produzenten* einer grundsätzlich anderen sozialen Wirklichkeit. Die im letzten Kapitel untersuchten Versammlungen ziehen sich keineswegs in sich zurück, sondern streben danach, die Gesellschaft zu verändern. Ob mit kleinen Aktionen wie das Stoppen von Zwangsräumungen oder großen Demonstrationen, um eine bessere Infrastruktur für das Quartier zu fordern – stets problematisieren die Indignados handfeste soziale Missstände. Vor allem aber halten sie die Betroffenen, ob die Zwangsgeräumten oder die Nachbarschaft, dazu an, sich mit zu engagieren. Die Empörtengruppen zeichnet aus, dass sie eine Aktivierung der Betroffenen anstreben, damit diese in politischen Lernprozessen zu Aktivistinnen subjektiviert werden.

Der doppelte Anspruch, Außenstehende aktiv einzuschließen und die soziale Wirklichkeit zu verändern, schlägt sich in einer interessanten, jedoch kaum beachteten semantischen Verschiebung nieder, welche die Empörtenversammlungen betrifft. Hießen diese anfangs schlichtweg *Asambleas* oder, im Katalanischen, *Assemblees*, so verbreitet sich mit der Territorialisierung der Versammlungen von den Plätzen in die Quartiere im Sommer und Herbst 2011 zusehends der Begriff *Asambleas populares*.¹¹ Dies heißt auf Deutsch so viel wie Volksversammlung, liegt allerdings näher am englischen Begriff *popular assembly* – und legt den prinzipiellen Anspruch offen, dass die Indignados als Plattformen einer neuen Entscheidungsgewalt fungieren wollen.¹² Doch welchen Unterschied macht eine *Asamblea Popular de Carabanchel*, eine *Asamblea Popular Lavapiés* oder eine *Asamblea Popular Villa de Vallecas*, um nur drei der größten und langlebigsten Madrider Empörtenversammlungen zu nennen? Aus dem Adjektiv »popular« folgt noch keine neue Praxis, aber schon ein neuer programmatischer Anspruch. Eben diesen Anspruch fasst eines der ersten Dokumente zusammen, das im Kontext der Empörtenproteste den Begriff der *Asamblea Popular* systematisch einführt:

Was ist eine Asamblea Popular? Es ist ein partizipatives Entscheidungsorgan, das den Konsens sucht. Man sucht die besten Argumente, um die Entscheidungen zu treffen,

-
- 11 In Katalonien setzte sich der Begriff *Ateneus populars* durch, der an die lange Tradition der *Ateneus* erinnert, also an Kulturvereine, die sich im 19. Jahrhundert erst das Bürgertum schuf, um eine eigene Öffentlichkeit entstehen zu lassen. Später eignete sich das Proletariat diese institutionelle Form an und schuf sich ihre eigenen *Ateneus populars*, um dort, wie die pathetische Formel war, die »Bildung der Arbeiterschaft durch sich selbst« zu tätigen.
- 12 Dass in den spanischen Protesten ab 2011 der Begriff der *Asamblea Popular* auftaucht, dürfte auch mit einer lateinamerikanischen Erfahrung zusammenhängen, welche die der Indignados vorzeichnet. Im Zuge von Argentiniens Wirtschaftskrise von 2001 artikuliert sich im Land eine großflächige Protestwelle, die nicht nur in ihrem Motto *¡Qué se vayan todos!* (Sie sollen alle gehen!) an die populistische Totalkritik der Indignados erinnert, sondern auch und besonders in Gestalt der hundert Versammlungen, die sich in Quartieren und teils auch in Fabriken bildeten. Diese *Asambleas* übernahmen zahlreiche Aufgaben, sie waren wahrliche Netzwerke gegenseitiger Hilfe und Unterstützung, die teils sogar sozialstaatliche Aufgaben ersetzten oder Betriebe kollektiv führten. Angesichts dessen genauso wie in Anbetracht ihrer ähnlich wie bei den Indignados äußerst heterogenen Zusammensetzung waren die argentinischen *Asambleas barriales* (Quartiersversammlungen) eines der zentralen Vorbilder, an denen sich die spanischen Proteste ab 2011 orientierten (vgl. Nuño de la Rosa García 2014). Diese lateinamerikanische Prägung wird dann bei der Genese und Strategie von Podemos wiederauftauchen (Kap. V.2).

die am ehesten den verschiedenen Meinungen entsprechen. Dabei werden allerdings konfrontierte Positionen wie beim Wahlgang vermieden. Der Ablauf der Versammlungen soll friedlich sein, man hat alle Meinungen zu respektieren und Vorurteile wie Ideologien hinter sich zu lassen. Eine Versammlung soll sich nicht um einen ideologischen Diskurs drehen, sondern um praktische Angelegenheiten. So etwa: »Was brauchen wir? Wie bekommen wir es?« (Anonym 2011, H. i. O.)

In den Asambleas populares verdichten sich, folgt man dem Zitat, vier bereits bekannte Ansprüche: Souveränität, Partizipation, Deliberation und Ideologiefreiheit. Sie seien von hinten aufgearbeitet. Das Dokument, das im Sommer 2011 in Madrid mit dem Titel »Schnelles Handbuch zur Dynamisierung von Volksversammlungen« entsteht, um als Kanon für die hunderten Versammlungen zu fungieren, die sich damals auf Quartiersebene bilden, hält ausdrücklich die Ideologie der Ideologiefreiheit hoch, die bereits im Mai und Juni 2011 in dem Protestcamp in Barcelona aufschien (Kap. III.3.b). Damit stilisieren sich die Versammlungen als veritable *Volksversammlungen*, die jede und jeden unabhängig von politischen Anschauungen integrieren könnten. Die Rhetorik der Ideologiefreiheit suggeriert eine Überparteilichkeit, die zwar niemals voll gegeben ist. Schon allein die Teilnahme an den Versammlungen selbst ist ein voraussetzungsvoller Akt, den nur diejenigen vollziehen, die basisdemokratische Plattformen nicht bereits prinzipiell ablehnen. Aber dennoch artikuliert diese rhetorische Ideologiefreiheit durchaus effektiv die *Inklusivität* der Versammlungen. Sie erscheinen eben *nicht* als ein Ort, an dem nur politisch Gleichgesinnte zusammentreffen, sondern werden als ein rundum integrierender und demokratischer Raum stilisiert, der gegenüber der beklagten postdemokratischen Aushöhlung von Spaniens politischem System den Bürgerinnen und Bürger ein neues Souveränitätsorgan anbietet.

Ähnlich verhält es sich mit den Prinzipien der Deliberation und Partizipation. Der Anspruch, die »besten Argumente [zu suchen], um die Entscheidung zu treffen, die am ehesten den verschiedenen Meinungen entspricht«, setzt eine Vernünftigkeit oder eine kommunikative Rationalität à la Habermas voraus, die selbst in den langjährig eingespielten Versammlungen, die das vorherige Kapitel untersuchte, bestenfalls partiell verwirklicht wird – und stets von dichten Machtverhältnissen konterkariert wird. Freilich spielt dieses Vernunftideal auf den zentralen Anspruch der Indignados an, dass die Deliberation und Partizipation in den Asambleas dem Wahlakt in der repräsentativen Demokratie prinzipiell *überlegen* sind. Den Versammlungen kann, folgt man dem Handbuch, das gelingen, woran die aktuelle Ordnung scheitert: Die besten Argumente zusammenführen und konfrontierte Positionen überwinden, um das Gemeinwohl sicherzustellen. Diese Primatstellung der direkten gegenüber der repräsentativen Demokratie ist zwar eine konsequente Folge der Kritik der Indignados an Institutionen und Repräsentanten. Doch die Ausdrücklichkeit, die diese Primatstellung hier annimmt, macht sie zu einer so ambitionierten wie gefährlichen Vision. Die Vorstellung, dass die eigene Institution – die Asambleas popular – die einzig richtige und »reine« Politikform sei, ist auch ein po-

tentiell entpolitisierender Gesellschaftsentwurf, der sozialen Wandel lähmen kann (vgl. Möller 2017: 256f.).¹³

Das leitet über zum Ideal der Souveränität. Die Versammlungen sind für die darin Involvierten mehr als nur Begegnungsräume, sie sind Räume politischer Gegenmacht. Nun dürfte den Beteiligten klar sein, dass die Versammlungen faktisch keine »partizipativen Entscheidungsorgane« sind – wie es in der zitierten Passage heißt. Dennoch symbolisieren die Versammlungen für die Indignados eine *konstituierende Macht*. In dieser Hinsicht trifft der Begriff der Volksversammlung hier vollends zu. Letztere ist für die Empörten eine ordnungsgründende Instanz. Prozesshaft »artikuliert und manifestiert« sich dort, wie es bei Celikates (2019: 565ff.) heißt, die konstituierende Macht »des Demos« als ein quasi »anarchischer Aufstand« gegen die konstituierte Ordnung. Die zentrale Idee, dass sich in den Versammlung eine konstituierende Macht verkörpert, die zur konstituierten Macht der Staatsgewalt in Widerspruch tritt, statet den Empörungsdiskurs mit dem Pathos der Neugründung des Gemeinwesens aus. Für die Aktivistinnen stehen die Asambleas populares für eine neuartige Souveränität, die die etablierte Ordnung herauffordert, ja diese als Unrechtzustand delegitimiert und an ihrer statt eine neue Legitimität postuliert. Die Indignados würden mit Celikates behaupten, dass die Praxis der Asambleas populares ein »kollektiver Akt des Neubeginns« ist, der darauf zielt, »in horizontalen und partizipatorischen, inklusiven und solidarischen Organisationsstrukturen und Praktiken konstituierende Macht als pluralistisch strukturierenden Prozess zu verstetigen« (ebd.: 569).

Gleichwohl sind die Empörtenversammlungen nicht überzubewerten. Celikates unterstreicht selbst: »die Ausübung konstituierender Macht [...] ist immer auch *hegemoniale Usurpation*« (ebd., Hervorheb. C. L.). Die Versammlungen der Indignados treten bei ihrem Ausbruch im Frühjahr 2011 als neuartige Repräsentationsorgane »des Volkes« an. In den Folgejahren aber wird der Widerspruch zwischen dem Anspruch, eine konstituierende Macht zu sein, und der sozialen Wirklichkeit allseits offensichtlich. »Die Teilnahme ließ nach, die Versammlungen blieben leer, die Leute gingen. Der Rhythmus des Aktivismus war zu hoch. Für ›normale‹ Leute, die das nicht gewöhnt waren, war es einfach zu viel«, resümiert die Aktivistin Judit die Situation der Empörtenversammlungen in Barcelona im Jahr 2012 (Interview, 18.9.2014). Den Volksversammlungen ging das Volk verloren. Zwar ist die Erschöpfung von Protestzyklen sowie die Ablösung von aktiven und latenten Protestphasen ein selbstverständlicher Vorgang, der sehr wichtige Sedimentierungsspuren in der Gesellschaft hinterlässt.¹⁴ Im Fall der Indignados jedoch wiegt die Erschöpfung des Protestzyklus schwer. Der Empörungsdiskurs strebt nach einem tiefen Wandel Spaniens. Doch nach zwei, drei Jahren des Protestierens hat sich im Land so viel nicht verändert. Die Versammlungen können sich noch so sehr als konstituierende

13 Podemos wird solche Vorstellungen verabschieden, dabei aber seinerseits das Moment der partizipativen Demokratie in der parteieigenen Organisationsform bewusst vernachlässigen (Kap. V.5).

14 Diese Sedimentierung ist auch beim Empörungsdiskurs wichtig. Im Interview betont der Linkspolitiker David Fernández, wie die Indignados die sozialen Bewegungen in Barcelona »öffneten und wohl 500 bis 600 langfristige Aktivistinnen hervorbrachten« [...] Ein Exempel dafür sind Ateñeus wie das Engranatge in der Zona Franca, die erst der Protest von 2011 ermöglichte« (Interview, 14.1.2016, siehe zum Ateñeu Engranatge: Kap. IV.6).

Macht begreifen – ihre Aktionen bewirken, wie sich zeigte, Veränderungen im Kleinen, institutionelle Verschiebungen aber bleiben aus. Es tut sich nach 2011 eine *Kluft* auf zwischen dem Anspruch auf Neugründung des Gemeinwesens und der tatsächlichen, unbewegt scheinenden institutionellen Wirklichkeit. Die konstituierte Macht, so delegitimiert sie scheint, bleibt zumindest nach außen hin stabil. Auf die an ihr geübten Kritik lässt sie sich kaum ein.

1.2 Die Kultur der Transition – von der Krise zur Reform?

Wir müssen die demokratischen Institutionen kräftigen, um das Gewebe des Vertrauens wiederherzustellen. Ohne dieses Vertrauen kann keine Gesellschaft die Prüfungen bestehen, die heute zu überwinden sind. Wir Spanier können und müssen diese Prüfungen bestehen.

Vorbildlichkeit und Transparenz müssen das Handeln jener bestimmen, die politische Verantwortung übernehmen, und zwar in einem persönlichen wie institutionellen Sinne.

(*Partido Popular 2011a: 19*)

Die zitierte Passage ist Teil des Wahlprogramms der konservativen Partei *Partido Popular* (PP, zu Deutsch: Volkspartei) zu den Parlamentswahlen im November 2011. Das Programm, auf das ich in der Folge eingehe, ist paradigmatisch dafür, wie die tradierten Volksparteien – der politische Pfeiler der Kultur der Transition – auf die Proteste der Indignados reagieren: mit einer Mischung von schwacher Responsivität und Delegitimierung.¹⁵ Die »Kräftigung der demokratischen Institutionen« die am Ende des 100-Punkte-Programms des PP versprochen wird, bleibt ein vages Vorhaben. Unter dem Titel »Politische und institutionelle Regeneration« werden tatsächlich nur zwei unbestimmte Forderungen artikuliert. Eine lautet: »Wir werden mit ehrlicher Dialogabsicht alle Aktionen und politischen Vereinbarungen unterstützen, welche die Eintracht und Verständigung aller Spanier rund um die Verfassungswerte stärken.« (PP 2011a: 20) Derartige Forderungen erkennen zwar an, dass sich Spaniens politische Ordnung in einer Legitimitätskrise befindet – doch die Lösungen, die sie anbieten, sind *unbestimmt*. Konkrete Initiativen, die den gesellschaftlichen Rückhalt der Verfassung stärken sollen, bleiben aus.

15 Ich tätige in diesem Schritt nur einen groben und sensibilisierenden Abriss, der nur *einen* Akteur zu *einem* Zeitpunkt – die konservative Volkspartei PP Ende des Jahres 2011 – fokussiert. Bedauerlicherweise gibt es (noch) wenige Studien, die im Detail nachzeichnen, wie die Responsivität der hegemonialen Akteure Spaniens gegenüber den Protesten der Indignados vor der Entstehung von Podemos (2014) ausfiel. Siehe bislang dazu die Studien von Pinilla García 2011, Juan Amat/Collado Campaña 2013 und Ramírez 2018.